

Teufelskreis von Hunger und Krieg

Zur Lage im Krisenherd Sudan

An der Schnittstelle zwischen dem islamisch-arabisch dominierten Nordafrika und Schwarzafrika gelegen, wird der Sudan seit Jahren von blutigen Auseinandersetzungen erschüttert. Wie Hanspeter Mattes vom Deutschen Orient-Institut im folgenden Beitrag zeigt, hat der sudanesische Konflikt mehrere Dimensionen: Zum Islamisierungsdruck, der vom Norden gegen den überwiegend christlichen bzw. animistischen Süden ausgeübt wird, kommen enorme ökologische Probleme sowie der ethnische Gegensatz zwischen Arabern und Schwarzafrikanern. Eine Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht. (Vgl. auch: Sigrid Faath / Hanspeter Mattes [Hg.], Sudan, Hamburg 1993.)

Am 10. März 1993 nahm Herman J. Cohen, U.S.-Vizeaußenminister für afrikanische Angelegenheiten, vor dem Kongreß-Unterausschuß für Afrika zur Situation im Sudan Stellung und bezeichnete in diesem Zusammenhang den Sudan als „eine unserer größten politischen Herausforderungen in Afrika“. Elemente des schwierigen und komplexen Sudan-Dossiers seien der Bürgerkrieg, die systematische Verletzung der Menschenrechte, die kontinuierlichen Hungerkatastrophen und die hohen menschlichen Leiden, die zunehmende Besorgnis wegen der Verwicklung in den internationalen Terrorismus – der dem Sudan am 16. August 1993 einen Platz auf der entsprechenden U.S.-Liste verschaffte – und die durch sudanesischen Aktivitäten erhöhte regionale Instabilität.

Die genannten, auch zahlreiche andere Staaten und im Sudan engagierte internationale Hilfsorganisationen beunruhigende Einzelkomponenten werden ergänzt durch Vorwürfe, daß die politische Führung des Sudan seit dem militärischen Staatsstreich vom Juni 1989 einen Kurs der *Zwangsislamisierung* der Gesellschaft auf dem gesamten Staatsterritorium und damit einhergehend eine Politik der systematischen Diskriminierung der christlichen und animistischen Bevölkerung betreibt, die im Nordsudan mit 3,4 Prozent (Christen) und 15,6 Prozent (Animisten) zwar eine Minderheit, in den drei Südprovinzen Äquatoria, Oberer Nil und Bahr al-Ghazal – wo 25 Prozent der derzeit 26 Mio. Einwohner leben – mit 43,3 Prozent (Christen) und 48,7 Prozent (Animisten) aber die überwältigende Mehrzahl stellt. Pressemeldungen vom „Versinken des Sudan im Chaos von Krieg, Hunger und Tod“ oder die Klagen der Dinka gegenüber dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof Klaus Engelhardt: „Wir werden gejagt wie die Ratten“ (FAZ, 28. 1. 1994), spiegeln die gegenwärtige Lage sowie die Verfolgung der Nichtmuslime wider.

Der politische Konflikt im Sudan ist folglich *nicht nur auf den Süden des Landes beschränkt*. Er resultiert vielmehr aus drei großen Problembereichen, die aufgrund der spezifischen geopolitischen Lage des Sudan – Bindeglied zwischen arabischer Welt und Schwarzafrika und gelegen an der ökologisch anfälligen Sahelzone mit trockenem Norden und regenreichem Süden – den Auseinandersetzungen eine religiö-

se, eine ethnisch-rassistische und eine ökologisch-produktionstechnische Dimension verleihen. Die Kumulierung und Verflechtung aller drei Konfliktlinien im Südsudan hat den seit Dekaden währenden Südsudankonflikt bislang „konfliktlösungsresistent“ gemacht.

Der Islamismus als primäre Konfliktdimension

Das am 30. Juni 1989 etablierte islamische Regime hat die religiöse innenpolitische Konfrontation verschärft, allerdings sowohl inhaltlich als auch organisatorisch *stark an Bestehendes angeknüpft*. Der vom Mahdi etablierte und nach seinem Tode 1885 von seinem Nachfolger Khalifa al-Ta'ishi geleitete theokratische Staat wurde zwar durch die britische Militärexpedition mit der Schlacht von Omdurman am 2. September 1898 ausgelöscht, seine Anhänger (Ansar) formierten und formieren sich jedoch bis heute zur zweiten politisch-ideologischen Gruppierung, die neben den Anhängern der Anfang des 19. Jahrhunderts entstandenen Khatmiya-Bruderschaft maßgeblich das politische Geschehen bestimm(t)en. Die Khatmiya und die Ansar der Mahdiya agierten anfangs ausschließlich als Interessenverbände gegenüber der britischen Kolonialmacht. Das Entstehen der sudanesischen Nationalbewegung, die Säkularisierung des Politikbereichs und die in den 40er Jahren beginnende Gründung politischer Parteien veranlaßte die Khatmiya und die Mahdiya, konfessionelle und eng an die Bruderschaften gebundene Parteien zu bilden.

Die zuletzt „*Democratic Union Party*“ und „*Umma-Party*“ benannten Parteien wurden im Juni 1989 wie alle Parteien durch das Revolutionsregime verboten. Beide Parteien waren nach der Unabhängigkeit 1956 in den Phasen ziviler Herrschaft (1956–1958; 1964–1969; 1985–1989) an der Regierungsarbeit bzw. Politikgestaltung beteiligt und auch während der Phasen der Militärregime Abbuds (1958–1964) und Numairis (1969–1985) trotz formalen Parteienverbots ein nicht zu vernachlässigender Machtfaktor. Allerdings war das politische Agieren der Mahdiya und Khatmiya durch Opportunismus und Konzeptlosigkeit bei zugleich islamischer Grundhaltung gekennzeichnet. Es war stets auf den kurzfristigen Machtgewinn ausgerichtetes „politisches Sek-

tierertum“ (ta'ifiya), das die sudanesische Politik bis hin zur Unregierbarkeit des Landes belastete und den Ansatzpunkt für die Interventionen des Militärs in das politische Geschehen abgab.

In der Proklamation der „Rettungsrevolution“ vom Juni 1989 wurden folglich „die Verfälschung der Demokratie, der Mißbrauch der Institutionen, der vernachlässigte Kampf gegen Chaos, Korruption und Nepotismus sowie der ungelöste Südsudankonflikt und die Abwertung der bewaffneten Streitkräfte“ angeführt. Das islamische Motiv, d. h. der Aufbau eines „islamischen Staates“, wurde zu Beginn der Rettungsrevolution kaschiert, wenngleich die enge personelle Verflechtung von Revolutionsführung in Form des 15köpfigen Revolutionsrates (RCCNS) unter Vorsitz von Brigadegeneral *al-Bashir* und der von *Hassan al-Turabi* angeführten und islamistisches Gedankengut vertretenden *National „Islamic Front“* (NIF) niemanden über den zu erwartenden Kurs täuschte.

Die NIF wurzelt organisatorisch in der 1945 gegründeten sudanesischen Muslimbruderschaft, deren Programm zunächst stark vom ideologischen Werk des Ägypters *Hassan al-Banna* geprägt war und als wichtiges Ziel die Ausarbeitung einer islamischen Verfassung formulierte. Dieses Ziel wurde durch die von den Muslimbrüdern 1955 gebildete „*Islamische Front für die Verfassung*“ bzw. in den 60er Jahren im Rahmen der „*Islamic Charter Front*“ in die Öffentlichkeit getragen. Bereits zu jener Zeit wurde Turabi der intellektuell und organisatorisch führende Kopf der Muslimbruderschaft. Als ihr Generalsekretär forderte er u. a. die Einführung eines auf Koran, Sunna und Beratung (Shura) der islamischen Gemeinde basierenden Verfassungssystems, die Einführung der Scharia, im ökonomischen Bereich die Einführung der Zakat (Almosensteuer) und das Zinsverbot. Zugeständnisse sollten an die „Minderheiten“ im nichtislamischen Südsudan gemacht werden. Der besonders durch Turabis Aktivismus bewirkte, aber auch durch die Ansar unterstützte Islamisierungsprozeß (Ausarbeitung eines islamischen Verfassungsentwurfs 1968/69) wurde lediglich durch den militärischen Staatsstreich des panarabisch orientierten Numairi unterbrochen.

Islamisierungsmaßnahmen auf verschiedenen Gebieten

Dieser Einschnitt währte jedoch kaum zehn Jahre, denn 1979 wurde Turabi von Numairi – auf der Suche nach Koalitionspartnern zur Stabilisierung seiner Herrschaft – zum Generalstaatsanwalt ernannt –, während sich Numairi selbst zunehmend persönlich „reislamisierte“. Sichtbarste Konsequenz war neben entsprechender Veröffentlichung islamistischer Publikationen die von ihm im September 1989 dekretierte *Einführung des islamischen Rechts*. Das politische Ergebnis dieser Zwangsislamisierung war eine Machterosion, bewirkte sie doch sowohl ein erneutes Aufflammen der

Auseinandersetzungen mit den für einen säkularen Staat kämpfenden Südsudanesen als auch eine Konfrontation mit den moderaten sudanesischen Muslimen.

Der Sturz des Numairi-Regimes durch die sogenannte sudanesische Intifada im April 1985 brachte zwar die Suspendierung der Scharia, aber kein Ende des Islamisierungsdrucks, vor allem weil sich die Anhänger Turabis im April 1985 in der NIF institutionalisierten und bei den Parlamentswahlen im April 1986 neben *Umma-Party* und *Democratic Union Party* drittstärkste Fraktion im Parlament wurden. Ihre islamistische Gesellschaftskonzeption konnten sie jedoch erst nach dem Machtwechsel 1989 im Rahmen des propagierten parteilosen, das islamische Kriterium der Beratung (Shura) erfüllenden politischen Systems durchsetzen. Gerade der Hassan al-Turabi vom Revolutionsrat eingeräumte Handlungsspielraum und die ab Herbst 1989 umgesetzten Islamisierungsmaßnahmen haben schnell offenbart, daß der Revolutionsrat nicht autonom agierte, sondern stark unter dem Einfluß der NIF stand.

Die Intensivierung des nur von einer Minderheit der Sudanesen akzeptierten islamistischen Kurses hat sich abgesehen von der Außenpolitik in zwei Bereichen sukzessive niederschlagen:

Zum ersten Bereich zählen u. a. die *Islamisierungsmaßnahmen im engeren Sinne*, darunter seit 1989 die Förderung der internen islamischen Mission, die Anordnung zur Schließung der Geschäfte während des Freitagsgebetes und die Einführung der Zakat, 1990 die Trennung von Männern und Frauen im öffentlichen Transportwesen und das Beschäftigungsverbot von Frisören in Damensalons sowie das Verbot von Bankzinsen, 1991 schließlich die Gründung des „*Higher Cooperation for Jihad*“, die Verstärkung der Arabisierungsbemühungen, der Erlass einer „islamischen Kleiderordnung“ für Schülerinnen und Frauen, Eingriffe in den Medienbereich, der den „Glanz des Islam“ nur unvollkommen verbreitete, und als weitreichendste Maßnahme im März 1991 die *Einführung des islamischen Strafrechts* mit Ausnahme der drei Südsudprovinzen. Hinzu kam 1992 nach langem Vorbereitungsprozeß die Neustrukturierung des Staatsaufbaus auf der Basis von Volkskonferenzen, die das koranische Shura-Prinzip umsetzen sollen.

Der zweite Bereich hatte die *Lösung des Südsudankonflikts* zum Inhalt, wobei entgegen der nach außen propagierten Bereitschaft zu Friedensverhandlungen mit der Südsudanesischen Befreiungsbewegung SPLM rigoros auf die militärische Lösung („Jihad“) hingearbeitet wurde. Die sudanesischen Truppen, unterstützt von bewaffneten NIF-Milizen, konnten dank großzügiger iranischer Waffenhilfe, aber auch durch den Einsatz des Hungers als Waffe seit 1992 große Gebiete des Südsudan wieder unter ihre Kontrolle bringen.

Offene Kritik an dieser mit massiven Menschenrechtsverletzungen einhergehenden Politik ist wegen der repressiven Verfolgung jeglicher sudanesischen Opposition dabei mehr und mehr eine Sache der christlichen Kirchen geworden. Bereits im November 1989 forderte die sudanesische Bischofs-

konferenz (vgl. Weltkirche 3/1990, S. 73–74) vom Revolutionsrat die Einhaltung der Bekenntnis- und Kulturfreiheit, ohne daß sich indessen die Situation für die nichtmuslimischen Sudanesen besserte. Der Bericht des Bischofs von El Obeid (Kordofan), *Macram Max Gassis*, belegt eindringlich die Bedrängnis, in der sich die christlichen Kirchen im Sudan befinden, insofern Islamisierungs- und Arabisierungsambitionen, gepaart mit bürokratischen Schikanen und Diffamierungen, den Lebensraum der Christen mehr und mehr einschränken (vgl. Bericht in Weltkirche 6/1991, S. 167–171). Die jüngste negative Bilanz stammte von der im November 1993 in Khartum tagenden Bischofskonferenz (vgl. Weltkirche 10/1993, S. 299–304), die zu konstatieren hatte, daß sich die Versprechungen des Revolutionsrates hinsichtlich einer „neuen Ära“ des Friedens, des Dialogs und der Toleranz anlässlich des Papstbesuches vom Februar 1993 nicht erfüllten: „Aber heute [...] neun Monate nach diesem denkwürdigen Besuch ist die Realität unseres Lebens weiterhin genau so, wie sie vorher war. Wir haben immer noch viel, worüber wir klagen und uns sorgen.“

Auch ein Krieg um schwindende Lebensgrundlagen

Der im Mai 1983 nach einer zehnjährigen Friedensperiode wegen des Bruchs des Addis-Abeba-Abkommens über die regionale Selbstverwaltung der drei Südprowinzen erneut ausgebrochene und sich wegen der Einführung der Scharia verschärfende Südsudankonflikt hat nicht nur diese administrative und religiöse Komponente, sondern ist auch ein Krieg um schwindende Lebensgrundlagen oder – wie es *Mohamed Suliman* (vgl. Der Überblick, 3/1993, S. 59–62) ausdrückt – ein *ökologischer Konflikt*, der die ursprünglichen Kriegsursachen zusätzlich überlagert.

Auslöser dieses ökologischen Konflikts sind der *Klimawandel* (sichtbar an der sich häufenden Dürreperioden) und die gewinnmaximierende Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ohne Rücksicht auf bodenerhaltende Maßnahmen, so daß die Subsistenzwirtschaft im Nordsudan weitgehend zusammengebrochen ist und sich als Folge eines südorientierten Nutzungsdrucks ein interner Nord-Süd-Konflikt um die Ressource „fruchtbarer Boden“ herauskristallisiert hat: „Aufgrund der beispiellosen Ausbeutung der zentralen Lehmboodenregion sowie der ständigen Dürre zogen“, so Suliman in seiner Analyse, „die Besitzer mechanisierter Farmen ab Ende der siebziger Jahre immer weiter nach Süden in die Nuba-Berge und die Ingessana-Region, wobei sie beabsichtigten, die noch weiter südlich gelegenen großen Viehwirtschaftsgebiete der Nilotenstämme zu nutzen. Dabei hatten sie es nicht nur auf Grund und Boden abgesehen. Für eine Ausweitung der Landwirtschaft im Norden ist Wasser notwendig [...]. Zur weiteren Ausweitung der Landwirtschaft war der Bau eines Kanals erforderlich, der eine große Schleife des Weißen Nils bei Jonglei abschneidet, wo der

Eine poetisch-spirituelle Offenbarung



UWE WOLFF
**GOTTES-
DÄMMERUNG**
Auf den Spuren einer Sehnsucht

HERDER

NEU: 224 Seiten, gebunden,
DM 42,- /öS 328,- /SFr 42,-
ISBN 3-451-23298-7

Eine begeisternde Entdeckungsreise auf den Spuren der Gottessehnsucht, eine poetisch-spirituelle Offenbarung. Dieses Buch deckt die geheime Quelle der menschlichen Kreativität auf. Es beweist: Dichtung ist auch Religion, Suche nach Anlehnung, Ausdruck erfahrener Gottesnähe, Beschwörung, Klage und Lobpreis Gottes. Uwe Wolff ist Theologe und erfolgreicher Schriftsteller, ausgezeichnet mit dem Thomas-Mann-Förderpreis.

In jeder Buchhandlung!

HERDER

Fluß sich träge in den Sumpflandschaften des Sudd ausbreitet. Die Führungsschicht des Nordens wollte nun nicht nur das Wasser flußabwärts, sondern auch die ausgedehnten Flächen fruchtbaren Sumpflandes, ein Gebiet von der Größe Englands, unter ihre Kontrolle bringen und durch den Kanal trockenlegen. [...] Die direkt betroffenen 450 000 Dinka, Schilluk und Nuer befürchteten, daß sie in der Trockenzeit nicht mehr in das Sumpfgelände ziehen könnten, um dort zu fischen und den Milchertrag ihrer Kühe zu steigern; auch fürchteten sie, daß sich Fremde in ihrer Mitte ansiedeln würden.“

Der ethnisch-rassistische bzw. arabisch-afrikanische Konflikt

Der hier nur kurz skizzierte ökologische Konflikt ist aber nicht nur ein Konflikt zwischen Nord und Süd, dem große Erdölfunde im Süden eine weitere strategische Dimension verleihen, sondern auch einer zwischen zwei Lebensformen, zwei Produktionsweisen: d. h. Nomadismus versus sesshafter Landwirtschaft, der nur gelöst werden kann, wenn der Staat gegensteuernde agrarpolitische Maßnahmen ergreift. Die enge Verflechtung von NIF und Agrarproduzenten steht dem bislang jedoch entgegen.

Die umfangreiche Literatur zum Thema „Sklaverei im islamischen Afrika und Nahen Osten“ (vgl. MESA Bulletin, 27/1993, S. 158–162) sei als Indiz für den zwar geleugneten, de facto aber bestehenden Rassismus von sich arabisch definierenden Sudanese gegenüber schwarzafrikanischen Südsudanese angeführt. Das Kriterium der Religion spielt hierbei je nach Konfliktebene eine unterschiedliche Rolle. Nachweisbar ist, daß der Revolutionsrat, die Armee und die mit ihr verbündeten NIF- und Stammesmilizen mit militärischen „Jihad“-Kampagnen und massivem Druck unter den nicht-arabischen und zunächst größtenteils nichtmuslimischen Bevölkerungsgruppen, z. B. den Fur oder den Nuba in Südkordofan, den autoritären Heilsanspruch der Religion durchsetzen wollen, zwangsislamisieren, ja letztendlich die Einführung der Scharia im Südsudan anstreben.

Diese aggressive missionierende Politik gegenüber den Südsudanese nichtarabischer Herkunft ist Teil des generell praktizierten und sich in verschiedenen Massakern (z. B. März 1987 in El Diein; Dezember 1989 in El Jebel) manifestierenden Rassismus und der kulturellen Arroganz, von denen der Generalsekretär des sudanesischen Kirchenrates, *Ezekiel Kotjok*, sagt: „Es handelt sich um Rassismus auf einer bestimmten Ebene, Rassismus in dem Sinne, daß die Araber immer auf die schwarzen Menschen herabgeblickt haben. Diese Tendenz ist weiterhin vorhanden. Es gibt Orte, da sind die Menschen in der Weise indoktriniert, daß für sie ein Südsudanese eine wertlose Person ist. Aber dieser Rassismus ist inzwischen politisiert worden: man hat ihn in der Politik benutzt. Die wirklichen Insider der Macht sind heute *Northerner*, volle Araber. Andere, die eher richtige Afrika-

ner sind, bleiben in diesem Sinne draußen, und werden leicht verdächtigt, zur ‚Fünften Kolonne‘ zu gehören. Aber vor allem möchte ich betonen, daß die Religion instrumentalisiert wird. Sie dient denen, die an der Macht sind, ihre Ziele zu erreichen und die Unterstützung der Bevölkerung zu erlangen. Die Religion ist eine große Kraft, und je unwissender die Menschen sind, um so leichter ist es, sie mit religiösen Parolen hinter die Herrschenden zu bringen, selbst wenn sie mit deren Politik ansonsten gar nicht einverstanden sind. Mit dem Instrument der Religion kann man Menschen sowohl dazu bringen, zu sterben als auch zu töten. Daß die Religion in dieser Weise instrumentalisiert wird, ist eine Tatsache. Zum Rassismus: die Menschen in den Nuba-Bergen und in Darfur haben im letzten Jahr so gelitten, obwohl sie Muslime sind, denn sie sind schwarz“ (Wuqûf 7–8 / 1992–1993, S. 274).

Geht es folglich um den ökologischen Konflikt, spielt das Kriterium Islam *nur eine untergeordnete Rolle*, denn von den Nordsudanese nichtarabischer Herkunft, die derzeit wie die Nuba in Südkordofan Opfer der vor allem ökonomisch motivierten Vertreibungen sind, sind wie auch unter den Bedscha, Ingessana u. a. zahlreiche Muslime. Sie werden von der „Aggression des Nordens“ nicht ausgespart.

Trotz Appellen und humanitärer Intervention kein Frieden in Sicht

Alle drei skizzierten Konfliktdimensionen überlagern sich im Südsudan und bilden dort ein miteinander verflochtenes *Gesamtkonfliktpotential*, das nicht nur eine Lösung undenkbar erscheinen läßt, sondern seit der militärischen Eskalation des Konflikts 1983 auch zunehmend Opfer – sei es durch direkte Kriegseinwirkung, sei es durch kriegsverursachte Hungerkatastrophen und Vertreibungen – gefordert hat bzw. fordert. Der Ende 1993 vom „U.S. Committee for Refugees“ veröffentlichte Bericht „Quantifying genocide in the Southern Sudan: 1983–1993“ beziffert die Anzahl der Toten auf mindestens 1,3 Mio.; hinzu kommen die vor Kriegshandlungen ins benachbarte Ausland geflüchteten Sudanese, zuletzt im Winter 1993/94 mehrere Hunderttausend nach Uganda und Kenia, sowie die bis zu 2 Mio. „displaced persons“, die innerhalb des Sudan auf der Flucht vor den Kriegshandlungen sind.

Ein Ende des Leidens ist nicht in Sicht. Die islamische Führung und ihre verbündeten Stammesmilizen setzen trotz Friedensverhandlungen (Abuja I, II) auf Sieg, die SPLA ist seit 1991 in mehrere Fraktionen zersplittert, die sich untereinander bekämpfen (Details in: Wuqûf 7–8 / 1992–1993, S. 138–142), und ist generell angesichts der Veränderungen der geopolitischen Lage am Horn von Afrika in ihrer Kampfkraft durch Nachschubschwierigkeiten behindert. Die humanitäre Intervention zugunsten der leidtragenden Zivilbevölkerung schließlich ist Spielball beider Konfliktkontrahenten.

In dieser nahezu ausweglosen Situation ist es fast einzig den Kirchen zu verdanken, wenn die Weltöffentlichkeit über die Menschenrechtsverletzungen im Sudan, die ethnischen Reinigungskampagnen in Kordofan (Nuba) oder das „stille Sterben im Südsudan“ informiert wird, da sich weder die Arabische Liga, die OAU oder Regionalorganisationen wie die IGADD angemessen für die Konfliktlösungen engagieren. Zum einen ist es die *katholische Bischofskonferenz*, die beispielhaft in einem Hirtenbrief am 16. November 1991 über die materiellen und psychologischen Folgen des langjährigen Krieges aufklärte (vgl. Weltkirche 4/1991) oder anlässlich des Ad-limina-Besuchs in Rom am 8. Oktober 1992 über die Lage im Südsudan bzw. anlässlich einer Konferenz in Lusaka im Januar 1993 über die Lage der Vertriebenen (vgl. Weltkirche 1/1993) informierte, ja selbst Vorschläge

zum innersudanesischen Friedensdialog unterbreitete (vgl. Hirtenbrief vom 2. Mai 1993: „Schenkt nur Gehör“, in: Weltkirche, 5/1993).

Zum anderen sind es – abgesehen von der spektakulären und diplomatische Verwicklungen hervorrufenden Reise des Erzbischofs von Canterbury, *George Carey*, Ende Dezember 1993 – die zahlreichen Besuche von Kirchenvertretern (kanadische Kirchen im August 1993; Pax Christi International im Oktober/November 1993; Evangelische Kirche Deutschlands 14.–21.1.1994), die in ihren Heimatländern einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der Öffentlichkeit leisten. Leider ohne bislang die Regierungen zu schärferen Maßnahmen veranlassen zu können, obwohl die sudanesishe Staatsführung hier durchaus Sensibilität zeigt.

Hanspeter Mattes

Land ohne Hoffnung

Für Haiti ist kein Ausweg in Sicht

Die Macht im karibischen Inselstaat Haiti liegt in den Händen der Militärs, die vor dreieinhalb Jahren den vom Volk gewählten Staatspräsidenten, den ehemaligen Priester Jean-Bertrand Aristide, stürzten. Der unter UN-Vermittlung zustande gekommene Plan einer Rückkehr Haitis zur Demokratie scheiterte, das Engagement der USA zugunsten der Demokratie in dem bitterarmen Land hat inzwischen einer abwartenden Haltung Platz gemacht. Auch die katholische Kirche Haitis weiß keinen Ausweg aus der verzweifelten Situation.

Haiti, das ärmste Land der westlichen Hemisphäre, ist reich an historischen Jahrestagen. Die meisten dieser Daten sind Gedenktage gescheiterter Hoffnungen, und auch in diesem Jahr gibt es solche Anlässe reichlich. Am 7. Februar jährte sich zum dritten Mal der denkwürdige Tag des Jahres 1991, an dem der junge, charismatische Priester *Jean-Bertrand Aristide* als erster demokratisch gewählter Präsident Haitis sein Amt antrat. Er hatte sich seinerzeit ein historisches Datum für seine Inauguration ausgewählt: Derselbe 7. Februar ist auch der Jahrestag der Vertreibung des Alleinherrschers *Jean-Claude Duvalier*, den ein Volksaufstand im Jahr 1986 verjagte.

Als der wahre Vollender dieses Aufstandes verstand sich Aristide. Bei den ersten freien Wahlen seit dem Ende der drei Jahrzehnte währenden Duvalier-Familien-Diktatur füllte er nach fünf chaotischen Übergangsjahren das politische Vakuum aus und gewann mit der Unterstützung seiner ungestüm-populistischen Volksbewegung „Lavalas“ (Sturmflut) das Präsidentenamt. Der ehemalige Salesianerpater regierte indes im Jahr 1991 nur einen Sommer lang und hatte wenig Chancen, sein Projekt der Demokratisierung und populärsozialistischen Umgestaltung des karibischen Armenhauses zu realisieren: Am 29. September vor nunmehr dreieinhalb Jahren putschten Polizei und Armee unter der Führung des

Generalleutnants *Raoul Cedras* und des Polizeichefs *Michel François*. Die beiden sind seither die starken Männer in Haiti, mit wechselnden Marionettenregierungen an ihrer Hand. Der gestürzte Präsident konnte mit französischer Hilfe ins Ausland fliehen, unter seinen Anhängern wüten seither die Militärs mit brutalen Mord- und Einschüchterungskampagnen.

Erstes Embargo und Plan zur Rückkehr der Demokratie

Die politische Zeitrechnung Haitis wird seit Aristides Vertreibung vor allem von einem Faktor bestimmt: dem Embargo. Die Organisation Amerikanischer Staaten nahm den Putsch von 1991 nicht hin und verhängte umgehend einen Handelsboykott gegen die illegitime Regierung, um die Rückkehr des gewählten Präsidenten zu erzwingen. Das Embargo zeigte zunächst Wirkung. Das Land fiel binnen Monaten vom Status eines sehr armen Landes zurück auf das Niveau eines von ausländischen Hilfslieferungen abhängigen Elendsgebietes. Die Menschen holzten die letzten Bäume ab, um an Brennstoff zu kommen, und die Preise für